

**Bericht des Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising
bei der Herbstvollversammlung am 15.10.2011 in Freising
(Prof. Dr. Hans Tremmel)**



[Es gilt das gesprochene Wort]

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

erlauben Sie mir einen persönlichen Einstieg in meinen Bericht. Vor ziemlich genau einem Jahr haben Sie mich hier in Freising zum Vorsitzenden des Diözesanrates gewählt. Seither ist mein Leben wahrlich nicht von Langeweile geprägt, aber diese äußerst verantwortungsvolle Aufgabe macht mir nach wie vor Freude, nicht zuletzt weil ich von der Wichtigkeit des Diözesanrates und den Möglichkeiten, die in der Laienvertretung stecken, überzeugt bin. Im Grunde kann die Fülle der Aufgaben, Verpflichtungen und Termine nur sehr schwer von einem berufstätigen Familienvater bewältigt werden. Aber ich weiß mich in diesem Ehrenamt weiterhin getragen von einem großen und stabilen Netzwerk von wohlwollenden Menschen. Gerade auch aus Ihren Reihen erfahre ich immer wieder Zuspruch und Ermutigung. Dafür bin ich sehr, sehr dankbar. Dies gibt mir die nötige Kraft und Geduld, meinerseits zu motivieren. Denn es ist nicht immer einfach, die unterschiedlichsten Interessen und Vorstellungen so zusammen zu bringen und zusammen zu halten, dass wir innerkirchlich unsere Möglichkeiten der Beratung und Mitgestaltung nutzen und gleichzeitig nach „Art des Sauerteigs“ (Vat. II, Dekret über das Laienapostolat, Nr. 2) in die Welt und in die Gesellschaft hineinwirken können. Beides gehört zu unseren und damit zu meinen Aufgaben. Und hierzu brauchen wir Klugheit, Leidenschaft und Augenmaß.

I.

Im letzten Jahr haben wir als Vorstand viel Kraft in den Dialog über die Zukunft unserer Kirche gesteckt – manche sagen zu viel, andere begrüßen unser Engagement. Der solidarische Zusammenhalt im Vorstand war trotz unterschiedlicher Positionen in Einzelfragen immer spürbar. Wir waren uns in einem Punkt grundsätzlich einig: Es bringt nichts, groß auf die Pauke zu hauen. Ein gewisses Maß an Fingerspitzengefühl ist gefragt, um an der richtigen Stelle und mit angemessenem Ton wichtige Themen anzusprechen. Dranbleiben, nachhaltig Veränderungen mitgestalten, statt nur laute Forderungen zu stellen. Die Posaune ist ein wichtiges Instrument im Orchester. Sie wird gehört. Aber manchmal entscheidet eben die Piccoloflöte über die Qualität der Musik. Dennoch soll sich niemand täuschen, wir sind damit keine zahlosen Tiger. Wir haben gegebenenfalls auch Pauken und Trompeten in unserem Repertoire, die wir auch hörbar machen könnten. Um es mit der bayrischen Kabarettistin Martina Schwarzmann zu sagen: „Mia glangt, dass i wo aß, dass I kannt, wenn i mecht.“ Es reicht vor allem deshalb, weil auch andere wissen, dass wir auch ganz anders könnten, aber dass uns dies nicht sinnvoll und zielführend erscheint.

Bewusst richten wir unser Augenmerk im Vorstand auf positive Entwicklungen und Erfahrungen. Hier ist mir der Blick in andere Bistümer ein wichtiger Lehrmeister. Wir können, wir dürfen und wir müssen Prozesse und Entscheidungen in unserer Erzdiözese kritisch hinterfragen. Wir tun das auch. Unsere ganze Vollversammlung ist ja letztlich diesem Thema gewidmet. Aber manchmal wird uns erst im Vergleich mit anderen klar, was bei uns alles möglich ist. Allein wie wir in unserem Erzbistum den Gesprächsprozess „Im Heute glauben“ der Deutschen Bischofskonferenz mitgestaltet haben, wie wir offen und transparent gemeinsam mit dem Generalvikar die Delegation zusammengestellt haben und wie wir im Zusammenspiel mit unserer Diözesanleitung um Lösungen ringen, das hat bei einigen Diözesanratskollegen aus anderen Diözesen schon manche neidvolle Kommentare ausgelöst. Gerade auch um unsretwillen und unserer Kirche willen, sollten wir unseren Erzbi-

schof unterstützen bei diesem bundesdeutschen innerkirchlichen Gesprächsprozess. An anderer Stelle habe ich ja schon deutlich meine Enttäuschung zum Ausdruck gebracht, dass er der einzige bayerische Ortsbischof war, der nach Mannheim gefahren ist. Ich hoffe sehr, dass die Zahl der anwesenden Gastgeber sich im nächsten Jahr signifikant erhöhen wird.

Mannheim ist nicht München, aber es geht im Prinzip um die gleichen Themen und es geht um den Stil, wie wir diese Themen behandeln. Auch bei uns läuft nicht alles rund und auch der Reformprozess in unserer Erzdiözese eiert bisweilen. Nicht alles ist rosig, nicht alles war zufriedenstellend und wir werden heute wohl auch nur kleine Erfolge vermelden können. Aber ich bin überzeugt, wir können unserem Glauben nur Zukunft geben, wenn wir uns nicht verbissen in kirchenpolitischen Grabenkämpfen „verheddern“, sondern in gegenseitiger Achtung und Respekt weiter im Gespräch bleiben und die Pluralität von Überzeugungen als einen Mehrwert betrachten und nicht als Manko. Öffnen wir einander also nicht die Schubladen und springen wir nicht in offene hinein. Sondern setzen wir um, was geht und verlieren das andere nicht aus den Augen.

Die positive, hoffnungsvolle Grundstimmung, die ich gerade in Mannheim erleben durfte und die ich weiterzugeben versuche, ist für mich dabei keine Taktik. Wir haben als Christen eine einzigartige, eine wunderbare Botschaft – die Botschaft vom bedingungslos liebenden Gott, von einem Gott, der keinen abschreibt, der als Gott der Versöhnung immer wieder einen neuen Anfang schenkt und der die aufrichtet, die ausgebeutet, gedemütigt und missachtet werden. Diese befreiende Botschaft verdient es, möglichst vielen Menschen nahe gebracht zu werden. Nichts weniger ist unser gemeinsamer Sendungsauftrag als *Communio*, als „Gemeinschaft des Glaubens“ (Vat. II, Dog. Konstitution über die Kirche, Nr. 8).

II.

Verantwortung für andere Menschen zu tragen, gehört zu den Grundvollzügen von Kirche. Papst Benedikt XVI. schreibt in seiner Enzyklika *Deus caritas est*: „Der Liebesdienst ist für die Kirche nicht eine Art Wohlfahrtsaktivität, die man auch anderen überlassen könnte, sondern er gehört zu ihrem Wesen, ist unverzichtbarer Wesensausdruck ihrer selbst“ (Nr. 25). Genau diesen Satz hat er in Freiburg am Sitz des Deutschen Caritasverbandes wiederholt.

Der Bayerische Landescaritasverband hat kürzlich angeboten, mit der Seelsorge in den Pfarrgemeinden und Pfarrverbänden noch enger zusammenzuarbeiten, weil allen klar sein muss, dass Nächstenliebe keine ausschließliche Verbandsangelegenheit sein darf, sondern alle Christen angeht. Die derzeit stattfindenden Strukturveränderungen in den Diözesen, so Landescaritasdirektor Zerrle, bieten eine Gelegenheit, den Blick für den Gesamtauftrag der Kirche neu zu schärfen. Kirche ereigne sich nicht nur in gottesdienstlichen Feiern. Sie finde auch dort statt, wo engagierte Christinnen und Christen ihr Augenmerk auf Menschen in Not richten.

Gerade als Räte und Verbände sollten wir den Hinweis des Caritasverbandes dankbar aufgreifen. Eine strikte Trennung zwischen einem spirituellen Kernbereich des Christlichen und der sozialen Lebenswirklichkeit der Menschen widerspricht unserem christlichen Selbstverständnis. Das bedeutet, dass es uns nicht gleichgültig lässt, wenn Menschen von einer gesellschaftlichen Dynamik geradezu überrollt werden. Unser spezifischer Auftrag ist es, Strukturen so mitzugestalten, dass der konkrete Mensch gedeihen und sich entfalten kann. Dies erfordert nicht selten so etwas wie einen Gegenpol zu gängigen Verhaltensweisen. Gegenpol zu sein, heißt für uns, sensibel zu sein für die Hoffnungen, Probleme, Fragen und Leiden der Menschen. Ich zitiere hier die Würzburger Synode: „Gerade diese Hoffnung auf Gott ist es ja, die uns an sinnlosem Leiden immer wieder leiden macht. Sie ist es, die uns verbietet, mit der Sinnlosigkeit dieses Leidens zu paktieren. Sie ist es, die in uns immer neu den Hunger nach Sinn, das Dursten nach Gerechtigkeit für alle, für die Lebenden und die Toten, die Kommenden und Gewesenen weckt und die es

uns verwehrt, uns ausschließlich innerhalb der verkleinerten Maßstäbe unserer Bedürfniswelt einzurichten.“ (Unsere Hoffnung, Teil I.1)

Wenn wir uns als Kirche in die Gesellschaft einbringen, dann tun wir dies also nicht selten im Widerspruch zu den tonangebenden gesellschaftlichen Strömungen. Als Kirche Jesu Christi müssen wir dieses Korrektiv innerhalb der Gesellschaft sein. Gleichzeitig braucht die Kirche aber ihrerseits die gesellschaftlichen Korrekturen. Der Missbrauchsskandal hat uns dies noch einmal aufs Neue in seiner ganzen Wucht und Tragweite vor Augen geführt.

Letztlich sind unsere und die demokratischen Maßstäbe so unterschiedlich nicht. Aus dem Lichte des Evangeliums betrachtet, kann und darf es unsere Aufgabe nicht sein, gesellschaftliche Entwicklungen danach zu bemessen, ob sie dem ökonomischen Wachstum und damit der Masse dienen. (vgl. Vat. II, Pastoralkonstitution, Nr. 63) Hier sind wir ganz nahe am Art. 1 des GG. Der einzelne, der konkrete Mensch steht im Mittelpunkt. Ihm hat die Wirtschaft zu dienen und nicht umgekehrt.

III.

Wenn wir diesen Satz in die aktuelle Lebenswirklichkeit übersetzen und ihn in Verbindung bringen mit den Entwicklungen, die hier in Freising und Umgebung die Menschen empören und aufwühlen, dann sind wir mitten in der Thematik der geplanten dritten Startbahn für den Münchner Flughafen. Der Diözesanrat der Katholiken hat sich bereits im Jahr 2007 eindeutig gegen dieses Vorhaben ausgesprochen: „Nein zur 3. Start- und Landebahn am Flughafen München“ – so der Titel einer einstimmig beschlossenen Stellungnahme. Auch wenn ich zum Zeitpunkt dieses Beschlusses noch nicht Vorsitzender des Diözesanrates und auch wenn die Zusammensetzung des Vorstandes noch eine andere war, so darf ich Ihnen dennoch versichern, ich und wir tragen diesen Beschluss von damals selbstverständlich heute noch mit. Auch in dieser Frage stehen wir Seite an Seite mit unserer Bistumsleitung. Kardinal Marx hat wiederholt deutlich gemacht, dass kein Kirchengrund zu

diesem Zweck verkauft werden soll. Die betroffenen Kirchenstiftungen müssten somit tatsächlich enteignet werden. Dies wäre schon aus dem Grund ein aufsehenerregendes Politikum, weil – so weit ich dies überblicke – seit der Säkularisation der Staat gegenüber der Kirche nicht mehr zu dem Mittel der Enteignung gegriffen hat.

Ich erinnere an unseren Beschluss aus dem Jahr 2007 auch deswegen, weil darin ein Argument im Vordergrund steht, das in der aktuellen Diskussion um den Bau der 3. Startbahn meist etwas zu kurz kommt, nämlich der Klimawandel. Damit betrifft das Thema nicht nur die Region rund um Freising, sondern alle Christinnen und Christen in unserer Erzdiözese und natürlich auch darüber hinaus. Wir können als Kirche nicht in Reden und Absichtserklärungen den Klimaschutz hervorheben, und dann, wenn es ernst wird, allein nach ökonomischen Gesichtspunkten entscheiden. Wirtschaftlicher Profit ist kein Selbstzweck. Ganz abgesehen davon, dass die ökonomischen Begründungen für die dritte Startbahn häufig mehr auf Prognosen beruhen, denn auf wirklich belastbaren Fakten. Es ist einfach nicht mehr zu bestreiten, dass der Klimaschutz eine unaufschiebbare Aufgabe der Gegenwart ist. Die Zeit drängt. Schreckliche Dürrekatastrophen in einem Teil und verheerende Stürme und Überschwemmungen in anderen Teilen der Erde haben auch etwas mit uns zu tun. Für den Klimaschutz ist es notwendig, dass wir unseren Lebensstil, unsere Mobilitätsmuster und unsere Konsumgewohnheiten hinterfragen und ändern. Wir können nicht so tun, als ob ein ständig wachsender Luftverkehr keine Auswirkungen auf das Weltklima hätte. Seit zwei Wochen findet der sog. „5. Münchner Klimaherbst“ statt. Vielleicht hat sich dort ja der eine oder andere Entscheidungsträger beraten lassen.

In unserer ablehnenden Haltung zur dritten Startbahn stehen wir über die Klimaproblematik hinaus solidarisch zu den Menschen in Freising und den angrenzenden Landkreisen. Der Oberbürgermeister von Freising, unser Mitglied in der Vollversammlung, Dieter Thalhammer, hat in einem Interview zu Recht angemahnt, auf die tatsächliche Situation der betroffenen Kommunen

und der dort lebenden Menschen zu blicken. In der Tat, für die Einwohner von Freising und Attaching und für die Menschen im Eittinger- und Schwaigermoos ist dieser Raum schlichtweg ihre Heimat. Deswegen kämpfen sie so leidenschaftlich gegen den Ausbau des Flughafens. Das Recht auf Heimat ist ein ethisches wenig reflektiertes Argument. Für die betroffenen Bewohner ist es aber das entscheidende Argument. Es geht um gewachsene Strukturen, um gelebte Beziehungen, um Identität und nicht zuletzt um liebgewonnene Lebensqualität. Deshalb ist es auch so wichtig, dass die Bürger der betroffenen Kommunen und Landkreise wirklich ernst genommen werden und dass sie ihre Anliegen in den Entscheidungsprozess weiterhin einbringen können. Ein faires Verfahren muss gewährleistet sein.

Andererseits dürfen auch die Gegenargumente und die Hoffnungen, die manche Menschen mit der Flughafenerweiterung verbinden, nicht marginalisiert werden. Stichworte: Arbeitsplätze, Verkauf lukrativer Grundstücke oder notwendige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen. Auch wirtschaftliche Interessen, von wem auch immer, sind legitim, aber es sind eben nur Interessen und keine Glaubensüberzeugungen. Gerade hier haben wir als Kirche die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass die betroffenen Menschen sich nicht im Streit entzweien, dass sich nicht am Ende Flughafengewinnler und Flughafenverlierer unversöhnlich gegenüber stehen. Dies ist auch eine ernste pastorale Aufgabe.

IV.

Selbstverständlich werde ich Ihnen nun noch berichten über die konkrete Gremienarbeit des Diözesanrates. Wenn wir uns als Diözesanrat in politische und gesellschaftliche Fragestellungen und Auseinandersetzungen einmischen, dann tun wir dies, wie Sie gerade gehört haben, nicht aus einer neutralen Position heraus. Getragen von unserem christlichen Glauben richtet sich unser Blick vor allem auf diejenigen Menschen, die allzu leicht überse-

hen, isoliert, benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Unsere Sachausschüsse und Arbeitskreise setzen dieses Ziel für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche um.

Ein Beispiel möchte ich herausgreifen. Der Sachausschuss Familien- und Bildungspolitik beschäftigt sich seit einigen Jahren schwerpunktmäßig mit der frühkindlichen Bildung. Es war daher nahe liegend, dass sich dieser Sachausschuss mit der Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz beschäftigte und für den Vorstand des Diözesanrates eine Stellungnahme erarbeitete. Den Mitgliedern dieses hochkompetent besetzt Gremiums danke ich ausdrücklich für diese ausgezeichnete Vorlage. Diese Stellungnahme enthält viele wichtige Gesichtspunkte, auf die ich hier nicht im Einzelnen eingehen kann. Sie finden den Wortlaut in den Tagungsunterlagen und natürlich auf der Homepage. Einen Aspekt möchte ich aber näher beleuchten. In unserer Stellungnahme wird gefordert, dass die Inklusion von Kindern mit Behinderung gefördert und die finanziellen Ressourcen hierfür zur Verfügung gestellt werden sollen. Lassen Sie mich den Begriff kurz erläutern. Inklusion ist mehr als Integration. Während Integration meint, dass man Menschen eingliedert, integriert, bedeutet Inklusion, dass Menschen gar nicht erst eingegliedert werden müssen, weil sie bereits selbstverständlicher Teil der Gemeinschaft sind, weil sie, darauf zielt der Begriff ab, bereits eingeschlossen sind. Ich erwähne die Forderung der Inklusion deshalb, weil sie durchaus in Bezug zu einer anderen politischen Stellungnahme von uns gesehen werden kann. Ich meine unser Engagement gegen die Präimplantationsdiagnostik, das wir auch nach der Entscheidung im Deutschen Bundestag keineswegs ad acta legen werden. Wir lehnen die PID unter anderem deshalb ab, weil wir es für absolut inakzeptabel halten, darüber zu entscheiden, ob ein möglicherweise behinderter Mensch es wert ist, überhaupt geboren zu werden. Für uns Christen kommt jedem menschlichen Leben in jeder Phase seines individuellen Entwicklungsstands und unabhängig von seinen Eigenschaften und Leistungen ein unverfügbarer und unbedingter Wert zu. Dieser

Grundsatz verbietet jede Form von Selektion und jede Form von Ausgrenzung. Als Christen sind wir gehalten, besonders auch für Menschen mit Behinderung einzutreten und ihre Inklusion überall und in allen gesellschaftlichen Teilbereichen einzufordern. Aus diesem Grund müsste es selbstverständlich sein, dass wir als Träger von Kindertagesstätten Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung so fördern, wie es für sie gut und sinnvoll ist. Der Ansatzpunkt muss hier also beim konkreten Kind, seinen besonderen Bedürfnissen und seinen Fähigkeiten liegen. Die Institutionen sind so zu gestalten, dass diesen Bedürfnissen und besonderen Fähigkeiten bestmöglich entsprochen wird. Mir sagen immer wieder Eltern, wie wichtig es ihnen ist, dass ihr behindertes Kind wohnort-, nachbarschafts- und freundeskreisnah mit hoher Qualität betreut wird. Sie fordern dies im wahrsten Sinne des Wortes inzwischen „zu Recht“ ein. Andere Eltern sagen mir aber auch, dass die spezielle Förderung in einer dafür eigens konzipierten Einrichtung für ihr Kind ein Glücksfall war und dass sie das dortige multiprofessionelle Team in keiner Regeleinrichtung hätten finden können. Der Caritasverband und die sozialen Fachverbände der Kirche stehen für die Qualität solcher Einrichtungen. Mit dem Inklusionsbegriff allein werden wir also dem wichtigen Grundanliegen der Kind- und Familienorientierung nicht gerecht. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur ein Thema für Kinderbetreuungseinrichtungen. Inklusion isoliert betrachtet, ist also kein Zaubermittel, aber es würde dem christlichen Profil unserer kirchlichen Kindertagesstätten sehr gut tun, wenn die Rahmenbedingungen geschaffen würden, wesentlich mehr Kinder inkludieren zu können, als dies bislang möglich ist. Bereits die kleinen Kinder würden dann lernen, dass es ganz normal ist, unterschiedlich zu sein. Dazu brauchen wir die Novellierung des Gesetzes.

V.

Liebe Vollversammlungsmitglieder, zu den Gepflogenheiten eines Berichtes vor der Vollversammlung zählt, dass man über die Weiterarbeit am Thema

der letzten Vollversammlung berichtet. Wir beschäftigten uns in Waldkraiburg mit der christlichen Schöpfungsverantwortung. Eine Durchsicht durch die Protokolle aus den Workshops ergab, dass man sich von der Erzdiözese ein verbindlicheres Handeln und Wirtschaften erwartet. Gemeinsam mit Mitgliedern des Sachausschusses *Ökologie und Nachhaltigkeit* haben wir dieses Anliegen in einem *Runden Tisch Nachhaltigkeit* vorgetragen, zu dem der Generalvikar eingeladen hat. Das Ergebnis war: Für die Erzdiözese werden Umweltleitlinien erstellt, um einen verbindlichen Rahmen für zukünftiges Engagement zu erhalten. Die Mitglieder unseres Sachausschusses sind mit viel Herzblut bei der Erstellung dabei. Ein herzliches Vergelt's Gott dafür! Der Arbeitskreis Kommunalpolitik hat ebenfalls die ökologische Thematik aufgegriffen und lädt im Herbst in Freising und Traunstein zu Kommunalpolitiker-tagungen ein, in denen die „Energiewende in der Kommune“ auf der Tagesordnung steht. Ich bitte Sie, daran teilzunehmen und Kommunalpolitiker in ihrer Umgebung dafür zu motivieren.

VI.

Ganz zum Schluss möchte ich unseren Partnerschafts-Arbeitskreis „Sankt Korbinian“ ansprechen und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdrücklich und sehr herzlich einladen zum Diözesan-Korbiniansfest am 19. November auf den Freisinger Domberg. Höhepunkt der Zusammenkunft ist natürlich die gemeinsame Eucharistiefeier mit Kardinal Marx. Beim Korbiniansfest treffen Sie nicht nur wunderbare Mitchristinnen und Mitchristen aus unserer Erzdiözese, sondern auch unsere Gäste aus Evry und unsere neuen Freunde aus Rom. Lassen Sie sich diese Gelegenheit der Begegnung und des gemeinsamen Feierns nicht entgehen. Ich freue mich auf Sie.